



Transwahnsinn bei Kindern

Staatlich geregelte
Kindesmisshandlung?
Seite 2



Foto: stock.adobe.com, orskan

Aktionsplan für Berlin

Unsere Stadt
besser machen.
Seite 2/3 Fraktionsteil



Foto: Hauptstadtfraktion

RBB im Fokus

Ein Unter-
suchungs-
ausschuss
muss her!
Seite 3



Foto: stock.adobe.com, edimmas

Das kleinere Übel

Was der neue Senat für Berlin bedeutet, und warum wir damit nicht wirklich glücklich sind



Foto: Hauptstadtfraktion

Franziska Giffey und Kai Wegner kurz vor dem ersten Wahlgang

Die neue Regierung Berlins steht. Sie kam nur ins Amt, weil zehn unserer AfD-Abgeordneten im dritten Wahlgang ihre Stimme Kai Wegner gegeben haben. Warum? Weil eine Rückkehr zum rot-grün-roten Senat oder ein aus der Not geborenes schwarz-grünes Bündnis noch schlechter für unser Berlin gewesen wären.

Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Hätten wir Kai Wegner durchfallen lassen, so hätte es weitere Wochen der Unsicherheit und des politischen Taktierens auf Kosten der Bürger gegeben. Nach sorgfältiger Abwägung war ein Teil unserer Abgeordneten dazu bereit, das „kleinere Übel“ zu wählen. Wirklich glücklich können wir mit dem neuen Senat nicht sein.

Schauen wir uns die neue Koalition und vor allem den Koalitionsvertrag an, so können wir unseren Augen kaum trauen. Es ist ganz so, als würde die unselige Koalition der letzten

sechs Jahre fortgesetzt. Von den Versprechungen der CDU im Wahlkampf findet sich so gut wie nichts mehr – leere Worthülsen statt klarer Vorgaben. Offenbar hat die CDU in der kurzen Zeit zwischen Februar und April sämtliche Wahlversprechen über Bord geworfen, um den linken SPD-Mitgliedern zu Kreuze zu kriechen. Trotzdem hat dieser Linksruck der CDU dem neuen Regierungsbündnis mehr Steine in den Weg gelegt als geplant.

Die SPD ist eine gesplattene Partei mit einem schwachen Führungsduo Giffey/

Saleh. Das knappe Mitgliedervotum von gerade einmal 54 Prozent zugunsten der schwarz-roten Koalition ist ein fatales Signal der SPD-Basis an die Führungsriege. Die Abweichler, die Kai Wegner die Stimme verwehrt haben, kamen vermutlich aus den Reihen der SPD.

Von den Versprechungen der CDU im Wahlkampf findet sich so gut wie nichts mehr – und die SPD ist eine gesplattene Partei mit einem schwachen Führungsduo.

Was aber noch viel dramatischer ist, ist der sich abzeichnende Wahlbetrug der CDU gegenüber ihren Wählern. Die AfD-Fraktion Berlin hat mit ihrer Verfassungsklage gegen das Wahlchaos 2021 dafür gesorgt, dass der Weg für den dringend notwendigen Politikwechsel frei wurde. Die Wahlwiederholung im Februar 2023 hat die Chance für ein neues, sicheres, sauberes, soziales und wirtschaftlich handelndes Berlin geöffnet. Sie verstreicht nun weitgehend ungenutzt.

Verschuldung, Wohnungsnot, Verkehrschaos, Jugendarbeitslosigkeit, Bildungschaos, Modernisierungstau – die politischen Aufgaben sind immens. Im Koalitionsvertrag finden sich hierzu kaum echte Lösungsansätze. Wir werden diesen neuen Senat kritisch und konstruktiv durch die kommenden drei Jahre begleiten. Vor allem die CDU muss daran erinnert werden, was die Berliner von ihrer Landesregierung erwarten.

~KRISTIN BRINKER

Transwahnsinn bei Kindern

Staatlich geregelte Kindesmisshandlung?



Foto: stockerfoto, Eikonema

Kinder ab 14 Jahren sollen auch ohne Zustimmung ihrer Eltern über eine Geschlechtsumwandlung durch Hormonbehandlung und Skalpell entscheiden dürfen. Im Zweifel sollen Familiengerichte entscheiden und die elterliche Fürsorge ersetzen!

Noch ist das sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“ (ehemals Transsexuellengesetz) nicht verabschiedet. Zur Zeit müssen die Eltern diesen das Leben massiv beeinträchtigenden Eingriffen zustimmen. Das könnte sich demnächst ändern.

Durch Frühsexualisierung und „gendergemäße“ Erziehung ist der Boden bereits

bereitet. Linke und grüne Ideologen machen pubertierende, in einer Identitätsfindung befindliche Jugendliche zur Beute ihrer Genderwahnvorstellung.

Auch der neue Koalitionsvertrag in Berlin atmet die skurrile linksgrüne Weltsicht, wonach das natürliche Geschlecht lediglich ein jederzeit abänderbares soziales Konstrukt der „Gesellschaft“ sei. „Queere“ Themen werden zum Zentrum politischen Handelns verklärt.

Staatlich geförderte Regenbogenideologen planen die Möglichkeit einer jährlichen Änderungsanzeige des eigenen Geschlechts – so, als könne jeder nach Lust und Laune mal Mann oder Frau sein.

Laut der Kindermedizinerin Prof. Annette Richter-Unruh hat die Zahl der vermeintlichen Transgenderleidtragenden bereits deutlich zugenommen.

Sicher sind darunter auch wenige tatsächlich transsexuell empfindende Jugendliche, die einer ganzheitlichen, viele Disziplinen umfassenden Betreuung bedürfen und diese auch erhalten sollen. Diesen tut man mit diesem Gesetzesvorstoß aber keinen Gefallen.

Unreife Jugendliche können die Tragweite der Einnahme von Pubertätsblockern und Amputationen noch nicht erfassen.

Denn: Die weit überwiegende Zahl der so behandelten, ja misshandelten Jugendlichen steuert nach Ansicht der Londoner Tavistock-Klinik auf eine verheerende Detransition zu. Sie müssen sich später eingestehen, falsch gehandelt zu haben. Unreife Jugendliche können die Tragweite der Einnahme von Pubertätsblockern und Amputationen noch nicht erfassen.

Das können aber die fürsorglichen Eltern. Diese auszubooten und ihnen per Gerichtsanordnung ihre Kinder zu entreißen, ist an menschenverachtender Brutalität und Ignoranz nicht zu überbieten.

~CARSTEN UBBELOHDE

Klima-Volksentscheid: Berlin lässt sich nicht erpressen

Grüne wenige Wochen nach AGH-Wahl zum zweiten Mal abgestraft

Trotz eines Trommelfeuers der Ja-Kampagne haben sich die Berliner nicht ins Bockshorn jagen lassen: Sie erteilten dem Zerstörungsplan von „Berlin 2030 klimaneutral“ durch Teilnahmeverweigerung und erstaunlich viele Nein-Stimmen eine klare Absage.

Damit sind nicht nur die Großbürgerkinder der ‚Letzten Generation‘, sondern auch die Grünen endlich von der Realität eingeholt worden. Ihre erpresserische Klima-Apokalyptik und moralische Überheblichkeit sind beim Wähler glatt durchgefallen.

Die Botschaft des gescheiterten Volksentscheids ist klar: Der Kulturkampf gegen

das Auto und gegen bewährte Heizungs-systeme muss endlich aufhören! In Zukunft darf vermeintlicher Klimaschutz keine faule Ausrede mehr für unterlassene Klima-Anpassung und unzureichenden Umweltschutz sein. Und noch etwas ist klar: Die Berliner wollen keine Stadt nur noch für Grüne und Reiche.

~MARTIN TREFZER



Foto: Stock/Adabe, febox

Migranten statt Senioren

Berliner Wohnheim setzt Bewohner vor die Tür



AfD-Mitglieder demonstrieren vor der Weddinger Senioreneinrichtung gegen deren Schließung (März 2023)

Selbst wer in Berlin ein Dach über dem Kopf hat, kann schon bald obdachlos sein. Mit Kündigungen wird Platz für Migranten gemacht. 2022 zählte das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten 14.704 Asylanträge, doppelt so viele wie 2021. Hinzu kommen 100.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge und 18.000 in Berlin ansässige „vollziehbar Ausreisepflichtige“.

Kürzlich mussten im Wedding mehr als 100 teils pflegebedürftige Senioren ihr Wohnheim verlassen. Ein noch acht Jahre laufender Miet- und Pachtvertrag wurde vorzeitig beendet, damit das Haus

von Migranten bewohnt werden kann. Mieter und Träger sind in der Diakonie Berlin organisiert. Christliche Organisationen setzen Senioren vor die Tür, weil Migranten mehr Geld einbringen. Sehr bald könnten landeseigene Wohnungsbaugesellschaften und Privatpersonen dem lukrativen Geschäftsmodell folgen. Einen Aufschrei in den Medien gibt es nicht. Ist das ein Menetekel dafür, dass die zutiefst mieterfeindliche Politik von Rot-Grün-Rot von der „Großen Koalition“ stillschweigend fortgesetzt wird?

HUGH BRONSON

Was passiert mit dem Einfallstor zur City West?

Umgestaltung des Hardenbergplatzes

Zwischen Wittenbergplatz und Hardenbergplatz schlägt das Herz des alten West-Berlins. Aber warum alt?

Die westliche City lebt und stellt einen wichtigen Punkt in der Stadt dar. Neubauten wie das Waldorf Astoria, der Upper West Tower, der neu gestaltete Flanierweg in der Mitte der Tauentzienstraße, ein sich ständig neu erfindendes KaDeWe, ziehen Berliner und Touristen an.

Die vorhandenen Pläne eines Hochhauses am Europa-Center und die Bebauung der als „Hinterhof“ des Bahnhofs Zoo darbanden Hertzallee werden für zusätzliche Attraktivität sorgen.

Aber eines hat sich bisher nicht wirklich verändert: der Hardenbergplatz. Er sollte das Einfallstor in die westliche City sein. Seit seiner Umgestaltung anlässlich der 750-Jahr-Feier 1987 stellt er jedoch nur einen tristen Busknotenpunkt dar, der zum Umsteigen benutzt wird oder zum Abstellen von Bussen und PKW.

● **Der Architekt Langhoff startet einen neuen Anlauf für eine Umgestaltung des Hardenbergplatzes.**

Es ist gut, dass nunmehr der Architekt Langhoff einen neuen Anlauf macht

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:

- +49 30 23 25-2622
- info@afd-fraktion.berlin
- afd-fraktion.berlin
- twitter.com/afdfraktionagh
- facebook.com/AfDFraktionAGH
- youtube.com/c/AfDFraktion AbgeordnetenhausBerlin
- instagram.com/afdfraktionagh
- tiktok.com/@hauptstadtfraktion



Abonnieren Sie unseren Newsletter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
V.I.S.D.P. Andreas Heinzgen **TELEFON** 030 2325-2640 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

ROLF WIEDENHAUPT

Schon viel zu lang wird Berlin schlecht regiert. Nicht nur Wahlen, sondern auch Wohnungsbau, Verkehr, Polizei, Rettungsdienste, Schulen und vieles mehr müssen auch in unserer Stadt endlich funktionieren.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

- ✓ Bundesratsinitiative zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel von 7 Prozent auf null Prozent



ENERGIEVERSORGUNG

- ✓ Abschaffung des Berliner Energiewendegesetzes
- ✓ Ölembargo aufheben, um die Dieselvesorgung in Ostdeutschland sicherzustellen



MIGRATION UND INTEGRATION

- ✓ Konsequente Abschiebung der mehr als 18.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer in Berlin
- ✓ Neutralitätsgesetz erneuern und Schüler rechtssicher vor religiöser Indoktrination schützen



INNERE SICHERHEIT

- ✓ Bessere Bezahlung für Polizei und Feuerwehr in Berlin: Besoldung auf Bundesniveau anheben
- ✓ Vertrauen wiederherstellen – Landesantidiskriminierungsgesetz rückabwickeln



BAUEN UND WOHNEN

- ✓ Wohnungsbau ankurbeln durch Vereinfachung der Baugenehmigungsverfahren
- ✓ Senkung der Grunderwerbssteuer auf 3,5 Prozent und Gewährung einmaliger Freibeträge für selbstgenutztes Wohneigentum
- ✓ Abschaffung der Grundsteuer



VERKEHR

- ✓ Blockade aufbrechen:
Bund beim Weiterbau der A100 unterstützen
- ✓ Qualitätsoffensive ÖPNV:
Sauberkeit, Sicherheit und Pünktlichkeit priorisieren



DIREKTE DEMOKRATIE UND VERWALTUNGSREFORM

- ✓ Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters
und der Bezirksbürgermeister
- ✓ Beteiligung der Bezirke an den
Gewerbesteuereinnahmen



FAMILIE UND JUGEND

- ✓ Echte Wahlfreiheit: „Landes-Erziehungsgehalt“ für Eltern,
die ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr selbst betreuen wollen
- ✓ Familienstartkredite für junge Familien



KULTUR UND MEDIEN

- ✓ Unser kulturelles Erbe bewahren: ein
Kulturgutschutzgesetz für Berlin auf
den Weg bringen
- ✓ Einsetzung eines Untersuchungsaus-
schusses zur rbb-Affäre



SCHULE UND BILDUNG

- ✓ Bereitstellung von 1 Mrd. Euro für die baureifen Schulbauprojekte
- ✓ Lehrkräftemangel durch Studienstipendien für Mangelfächer und
die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für den Ein-Fach-
Lehrer endlich konsequent angehen



TIER, NATUR UND UMWELT

- ✓ Hunderegister wieder abschaffen;
keine Zwangsgebühren für die Re-
gistrierung von Haustieren

Dieses Jahr war der 1. Mai schon am 1. Januar

Die Silvesternacht in Berlin war verheerend



Foto: Hauptstadtfraktion

Der neue Senat war außer sich vor Freude, als es gleich nach seinem Amtsantritt ausnahmsweise mal einen friedlichen 1. Mai gab! Keine Krawalle, keine verletzten Polizisten. Die CDU beantragte sogar gleich eine Aktuelle Stunde im Abgeordnetenhaus mit dem Titel „Guter Verlauf des 1. Mai in Berlin“.

Leider macht eine Schwalbe noch keinen Sommer. Die Kriminalitätsstatistik für Berlin ist verheerend. Die Zahl der registrierten Straftaten stieg 2022 um 7,8 Prozent. Mehr Morde, mehr Messerattaken und so weiter.

Und auch bei Remmidemmi am Monatsanfang hat sich nicht wirklich viel geändert—nur, dass in Kreuzberg oder Neukölln jetzt nicht mehr am 1. Mai randaliert wird wie bei einem gewaltsamen Umsturz, sondern am 1. Januar.

Die Silvesternacht in Berlin ist uns noch in schlechter Erinnerung: Polizisten und Feuerwehrleute wurden mit Raketen beschossen, Verstöße gegen das Waffengesetz, Widerstandshandlungen. Es gab zwar eine dreistellige Zahl von Festnahmen, aber selbst Monate später nur eine Handvoll Anklagen. Typisch Berlin: Hier können wild gewordene Krawalleros richtig loselegen. Rot-grüne Kuscheljustiz macht es möglich.

Deswegen hat die AfD bereits einen Tag danach eine Frage an den Senat auf den Weg gebracht, um mehr über

die meist jugendlichen Tatverdächtigen herauszubekommen. Leider wird seit 2022 auf politische Weisung hin der Migrationshintergrund nicht mehr erfasst, sodass es nur eine Möglichkeit gibt, etwas über die Herkunft von Straftätern zu erfahren: die Vornamen-Abfrage.

- **In Berlin können wild gewordene Krawalleros richtig loselegen. Rot-grüne Kuscheljustiz macht es möglich.**

Gesagt, getan: Die AfD fragte wie in der Vergangenheit nach Vornamen. Wenige Tage später tat die CDU dies auch. Diese spätere Anfrage bekam dank der Massenmedien eine große Aufmerksamkeit.

Leider wurden die Fragen bis heute nicht beantwortet. Im Roten Rathaus angekommen, kassierte die CDU das Thema wieder ein. Kai Wegner twitterte: „Es geht nicht darum, wie ein Vorname lautet.“

Wir sehen das anders. Wenn wir die Zustände wie in der Silvesternacht beenden wollen, dann müssen wir uns mit den Tätern befassen. Deshalb klagt die AfD-Fraktion gegen den Senat, um endlich diese Vornamen zu bekommen—egal, ob der Bürgermeister ein rotes oder schwarzes Parteibuch besitzt.

RONALD GLÄSER

„Wem dieses Land am Herzen liegt, der kann nur die AfD wählen“



Warum ich als Alevit die AfD unterstütze

Meine Eltern kamen als Gastarbeiter aus der Türkei nach Deutschland. Damals kamen Fremde nur in dieses Land, um zu arbeiten. Ich bin in Berlin geboren und arbeite seit vielen Jahren für die Deutsche Bahn. Aus meinem Freundeskreis kenne ich niemanden, der vom Jobcenter lebt.

Meinen alevitischen Glauben praktiziere ich kaum und stelle es auch meinen Kindern frei. Nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches hat Atatürk durch die Einführung des Laizismus in der Türkei die Richtung vorgegeben. Für mich sind demnach alle Religionen gleichberechtigt. Die einen sitzen beim Beten, die anderen stehen und wieder andere bücken sich. Meine Tochter trägt auch kein Kopftuch. Sie darf nicht mehr alleine in die Grundschule gehen, denn ich mache mir Sorgen. Seit Jahrzehnten kommen keine guten Nachrichten mehr aus Deutschland.

Wem dieses Land am Herzen liegt, der kann nur die AfD wählen. Wir brauchen wieder eine Politik für Deutschland und für die Menschen, die für dieses Land arbeiten. Dafür steht die AfD!

FERAT DUMAN, seit Januar 2022 Mitglied der AfD Berlin

Foto: stock-endebe, ZMD-Design

Unsere Hauptstadt verwahrlost

Unästhetisch, ungesund und gefährlich – konsequentes Handeln ist nun das Gebot der Stunde!



Foto: andreas.robbu

Berlin, die deutsche Hauptstadt, ist ein bekanntes Reiseziel für Touristen und zieht jedes Jahr Millionen Besucher an. Sie ist eine Stadt voller Geschichte und Kultur, aber auch eine Stadt, die mit einem zunehmenden Problem konfrontiert ist: der Verwahrlosung des öffentlichen Raums. Müllablagerungen, Graffitis, abgestellte Schrottautos und illegal entsorgter Bauschutt sind mehr als nur ein kleines Ärgernis. Sie stellen eine echte Gefahr für Natur und Umwelt und damit auch für die Bürgerinnen und Bürger Berlins dar. Sie sind Ausdruck einer Verwahrlosung der Stadt, die seit Jahren stetig zunimmt und in der Zwischenzeit mit mehr als 40.000 Kubikmetern illegal entsorgten Mülls im Jahre 2022 ihren bisherigen Höhepunkt erreicht hat – Tendenz weiter steigend.

Die Kosten für die Entsorgung gehen bereits in die Millionen, welche nur in den seltensten Fällen von den Verursachern, sondern in der Regel von der Allgemeinheit übernommen werden müssen.

Echte Konzepte sucht man bei den Verantwortlichen im Senat und den Bezirken bisher vergebens. Stattdessen wird mit vermeintlich „kreativen“ und „lustigen“ Lösungen versucht, diesem ernstesten Problem einen bunten Anstrich zu verpassen.

Wen man damit aber ganz sicher nicht erreicht, sind die Verursacher der illegalen Müllentsorgung. Denn eines ist klar: Ein frecher Spruch auf einem Abfalleimer wird niemanden zum Umdenken bewegen, der nachts in den Berliner Forsten Altöl entsorgt.

Diese „bürgernahen“ Maßnahmen funktionieren nur mit einem deutlich erhöhten Kontrolldruck, höheren Strafen für Umweltsünder und dem klaren Zeichen von Politik und Verwaltung, dass die Verwahrlosung von Natur und Heimat kein Kavaliersdelikt ist.

Gleichzeitig müssen dafür natürlich die entsprechenden Institutionen personell so ausgestattet sein, dass Müllablagerungen schnell und unkompliziert nach Bekanntwerden entsorgt werden.

Ein frecher Spruch auf einem Abfalleimer wird niemanden zum Umdenken bewegen, der nachts in den Berliner Forsten Altöl entsorgt.

Denn die schnellere Entsorgung, kreative Maßnahmen und Anreize, ein erhöhter Kontrolldruck und höhere Strafen gehen Hand in Hand, um der Verwahrlosung konsequent entgegenzutreten.

~ALEXANDER BERTRAM

Ein Untersuchungsausschuss zum RBB muss her

Landesregierung versagt: Der Sender hat genug Zeit, um sein Handeln zu vertuschen

CDU und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Gehälter beim RBB zu deckeln und zu veröffentlichen. Gut so. Schade nur, dass sie damit den Ereignissen nur hinterherhinken.

Infolge des RBB-Skandals hat der Sender selbst längst die Notbremse gezogen. Mehrere Direktoren wurden gefeuert. Die Anstalt streitet jetzt vor Gericht mit ihnen über Geld.

Die überhöhten Top-Gehälter (bis zu 250.000 Euro pro Jahr) sind gekappt worden. – bedauerlicherweise mit Ausnahme des Intendanten-Salärs (derzeit 295.000 Euro).

Der Senat hätte viel früher eingreifen müssen, was er aber nicht getan hat. Die

anderen Parteien haben sich bis zum Sommer 2022 nicht die Bohne für die unanständigen Bezüge beim Sender interessiert. 2018 war Patricia Schlesinger im zuständigen Parlamentsausschuss zu Gast. Sie wurde von mir mit den Gehaltsstrukturen beim RBB konfrontiert. Kommentar eines Abgeordneten aus dem Regierungslager daraufhin zu mir: „Ihre Bemühungen, hier noch einzelne Kritikpunkte anzubringen, sind irgendwie müßig und übersichtlich und ehrlich gesagt auch ärgerlich.“ Ja, solche Fragen waren ihnen stets lästig.

Das gibt die Haltung aller Parteien im Abgeordnetenhaus recht gut wieder: Sie wollten nichts wissen und betrachteten kritische

Nachfragen als „ärgerlich“. Genauso hat auch der Senat gehandelt, weshalb es in Brandenburg einen Untersuchungsausschuss zum RBB gibt. Die Landesregierung hat nämlich die Pflicht, für ordentliche Verhältnisse bei einer Anstalt wie dem RBB zu sorgen. Tut sie das nicht, so verhält sie sich regelwidrig. Eine Regierung kann nicht wegschauen, wenn Millionen veruntreut werden.

Auch im Abgeordnetenhaus muss daher ein Untersuchungsausschuss wie in Potsdam eingerichtet werden. Wenn die anderen Parteien an einer Aufklärung der Vorgänge interessiert sind, müssen sie unserem Antrag zustimmen.

~RONALD GLÄSER

Die ganz große Koalition oder schlicht Kleptokraten?

Das Problem mit den überzähligen Bezirksstadträten

Nichts hat in den vergangenen Jahren die politische Landschaft in der Hauptstadt so sehr verändert wie der 12. Februar 2023: der Tag der Wahlwiederholung.

Die Berliner haben an diesem Tag ein deutliches Zeichen gesetzt, dass es ein „Weiter so“ unter rot-grün-roter Ägide nicht länger geben kann. Aber auch die FDP hat die deutliche Quittung für ihre Politik der Beliebigkeit und des linksliberalen Kurses erhalten und so den Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus deutlich verpasst. Ein ganz normaler Vorgang bei demokratischen Wahlen – einige schaffen den Einzug, andere nicht. Die Entscheidung trifft der Wähler mit der Abgabe seiner Stimme.

Die eigentlich Abgewählten erhalten weiterhin 100 Prozent (!) der Bezüge – nur komplett vom Dienst freigestellt; also Einzeleinkommen von ca. 10.000 Euro, insgesamt über 100.000 Euro pro Monat, in der Summe 1,2 Millionen Euro im Jahr.

Normal? Nicht in Berlin, zumindest auf „kommunaler“ Ebene:

Denn mit der Wahlwiederholung ergeben sich auch neue Stärkeverhältnisse in den Bezirken und damit auch neue Vorschlagsrechte für die Posten der Bezirksstadträte. Das Problem: Die Stadträte sind Beamte auf Zeit. Und so konkurriert das Beamtenrecht mit dem Demokratieprinzip, der Rechtslage nach sind die Bezirksstadträte für eben jene fünf Jahre gewählt, die eine Legislatur vorsieht. Eine Wahlwiederholung war offenbar so undenkbar und abwegig, dass in Berlin schlicht keine gesetzlichen Regelungen bestanden, was

denn mit den – jetzt überzähligen – Stadträten zu geschehen habe.

Der einfachste Ausweg wäre nun gewesen, dass die Fraktionen in den jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen der Demokratie dadurch wieder Geltung verschaffen, indem sie die überzähligen Bezirksstadträte durch Abwahl abberufen. Die Abberufenen hätten dann ihre Pensionsansprüche erhalten und könnten wieder ihren zuvor ausgeübten Tätigkeiten nachgehen.

Die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit hätte es bei politischem Willen in jeder BVV problemlos geben können. Betroffen sind übrigens Posten von SPD, Linken und Grünen – gerade also von jenen, die nicht müde werden, sich als die wahren Hüter von Demokratie und Verfassung aufzuspielen.

Nur wenn es um das schnöde Geld geht, da tritt die Demokratie gerne mal in den Hintergrund. Also haben alle Parteien von CDU bis Linke im Hinterzimmer ein Gesetz ausgeklügelt, was es der CDU ermöglicht, ihre Leute ins Amt zu bringen und den eigentlich Abgewählten ermöglicht, bei 100 Prozent (!) der Bezüge weiter Stadtrat zu sein – nur komplett vom Dienst freigestellt.

Wir reden hier von monatlichen Einzeleinkommen von ca. 10.000 Euro, insgesamt über 100.000 Euro pro Monat, 1,2 Millionen Euro im Jahr, über 4 Millionen Euro für den Rest der Legislaturperiode, ohne überhaupt arbeiten zu müssen.

Das sind 4 Millionen Euro, welche deutlich besser in die Sanierung unserer Schulen, der Ausstattung unserer Feuerwehr oder den Ausbau der U-Bahn investiert wären. Doch da haben wir die Rechnung wohl ohne die Kleptokraten im Parlament gemacht.

~ALEXANDER BERTRAM



Sie sind beruflich oder privat stark eingespannt? Dann können Sie uns auch durch eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende unterstützen:

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband Berlin, Kurfürstenstraße 79, 10787 Berlin Verantwortlich im Sinne des Presserechts Ronald Gläser
E-Mail glaeser@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 15. MAI 2023

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin



Landesverband
Berlin

